

[Die Werchowna Rada hat die Bestimmung über die Beschlagnahmung des Eigentums von korrupten Beamten, die sich auf einen Deal mit den Ermittlungen eingelassen haben, wiederhergestellt](#)

05.12.2024

Die Werchowna Rada hat einen separaten Gesetzentwurf Nr. 12243-1 zur Änderung von Artikel 77 des Strafgesetzbuches unterstützt, der die Bestimmung über die Beschlagnahme von Eigentum korrupter Beamter wiederherstellt, die sich auf einen Deal mit den Ermittlungen eingelassen haben, sagte der Abgeordnete Jaroslaw Schelesnjak. Am 21. November verloren die Antikorruptionsbehörden aufgrund eines Gesetzeskonflikts das Recht, das Eigentum von Personen zu beschlagnahmen, die der Korruption beschuldigt werden und sich im Gegenzug zu einem Deal bereit erklärt hatten, mit den Ermittlungen zu kooperieren.

Es stellte sich heraus, dass am 20. November zusammen mit dem Gesetz Nr. 4074-IX über den Entzug von staatlichen Auszeichnungen für Kollaborateure eine Bestimmung verabschiedet wurde, die einen Teil des Gesetzes Nr. 4033-IX über Strafmilderung für Korruptionsbeschuldigte „tötete“, das eine der Anforderungen der Ukraine im Rahmen des am 29. Oktober verabschiedeten Makrofinanzhilfeprogramms Ukraine Facility war. Es ging um Artikel 77 des ukrainischen Strafgesetzbuches, mit dem die Bestimmung über den Entzug von Auszeichnungen und die Bestimmung über die Verhängung einer zusätzlichen Strafe in Form der Konfiszierung von Vermögenswerten einer Person, die eines Korruptionsverbrechens beschuldigt wird und sich auf einen Deal einlässt, gestrichen wurde. Die Bestimmung über die Konfiszierung wurde mit dem Gesetzentwurf Nr. 10242 über die Verschärfung der strafrechtlichen Verantwortung für die Verbreitung von Informationen aus elektronischen Registern, der eine Gefängnisstrafe für investigative Journalisten vorsah, wieder eingeführt. Die Abgeordneten unterstützten diesen Gesetzesentwurf jedoch nicht und gaben ihn zur zweiten Lesung zurück. Zur Erinnerung: Die Werchowna Rada billigte als Grundlage den Gesetzesentwurf Nr. 12039 über die Verbesserung der Regelung von Absprachen für korrupte Beamte.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der [Onlinezeitung Ekonomitschna Prawda](#). Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei [Ukraine-Nachrichten](#) verwendeten Konventionen.

???

Die Werchowna Rada hat einen separaten Gesetzentwurf Nr. 12243-1 zur Änderung von Artikel 77 des Strafgesetzbuches unterstützt, der die Bestimmung über die Beschlagnahme von Eigentum korrupter Beamter wiederherstellt, die sich auf einen Deal mit den Ermittlungen eingelassen haben, sagte der Abgeordnete Jaroslaw Schelesnjak. Am 21. November verloren die Antikorruptionsbehörden aufgrund eines Gesetzeskonflikts das Recht, das Eigentum von Personen zu beschlagnahmen, die der Korruption beschuldigt werden und sich im Gegenzug zu einem Deal bereit erklärt hatten, mit den Ermittlungen zu kooperieren.

Es stellte sich heraus, dass am 20. November zusammen mit dem Gesetz Nr. 4074-IX über den Entzug von staatlichen Auszeichnungen für Kollaborateure eine Bestimmung verabschiedet wurde, die einen Teil des Gesetzes Nr. 4033-IX über Strafmilderung für Korruptionsbeschuldigte „tötete“, das eine der Anforderungen der Ukraine im Rahmen des am 29. Oktober verabschiedeten Makrofinanzhilfeprogramms Ukraine Facility war. Es ging um Artikel 77 des ukrainischen Strafgesetzbuches, mit dem die Bestimmung über den Entzug von Auszeichnungen und die Bestimmung über die Verhängung einer zusätzlichen Strafe in Form der Konfiszierung von Vermögenswerten einer Person, die eines Korruptionsverbrechens beschuldigt wird und sich auf einen Deal einlässt, gestrichen wurde. Die Bestimmung über die Konfiszierung wurde mit dem Gesetzentwurf Nr. 10242 über die Verschärfung der strafrechtlichen Verantwortung für die Verbreitung von Informationen aus elektronischen Registern, der eine Gefängnisstrafe für investigative Journalisten vorsah, wieder eingeführt. Die Abgeordneten unterstützten diesen Gesetzesentwurf jedoch nicht und gaben ihn zur zweiten Lesung zurück. Zur Erinnerung: Die Werchowna Rada billigte als Grundlage den Gesetzesentwurf Nr. 12039 über die Verbesserung der Regelung von Absprachen für korrupte Beamte.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 293

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwalts-gesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.